

Mäding, Heinrich

Article — Digitized Version

Lehrerüberschuss in Sicht? Eine kritische Stellungnahme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mäding, Heinrich (1970) : Lehrerüberschuss in Sicht? Eine kritische Stellungnahme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 11, pp. 667-670

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134194>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

1980: doch zu wenig Lehrer?

In Heft 8/1970 veröffentlichte der WIRTSCHAFTSDIENST einen viel diskutierte Artikel von Horst Regling zum bildungspolitischen Zentralproblem der Entwicklung des Lehrerbstandes. Mit den beiden folgenden Beiträgen stellen wir das Thema erneut zur Diskussion.

Lehrerüberschuß in Sicht?

Eine kritische Stellungnahme

Heinrich Mäding, Bonn *)

In seinem Aufsatz ¹⁾ beschwört Dr. Regling nach einer Gegenüberstellung des Lehrerbstandes und des Lehrerbstandes für die Jahre 1968 bis 1981 die Gefahr eines „katastrophalen Überangebots an Lehrkräften ²⁾“ nach 1980. Seine Mahnung, es „könnte den betroffenen staatlichen Organen bei Eintreten der aufgezeigten Situation der Vorwurf mangelnder Vorsorge nicht erspart bleiben ³⁾“, ist begründet. Sein Modellansatz zeigt, daß im Bereich des Bildungswesens selbst Prognosen über einen Zeitraum von zehn Jahren noch zu kurzfristig sein können. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung wird bei der Erarbeitung des ersten Bildungsgesamtplanes für die Bundesrepublik diesen Gesichtspunkt zu berücksichtigen haben.

Die herausfordernde These eines Überangebots in Lehrkräften mit ihren bildungspolitischen Konsequenzen macht aber eine kritische Analyse notwendig:

□ der Modellannahmen, unter denen Regling zu einem Ergebnis kommt, und

□ der Berechtigung der Schlußfolgerungen, die er aus seiner Modellberechnung gewinnt.

Wahl der Prämissen ...

Die zwölf alternativen Zeitreihen des Lehrerbstandes ergeben sich durch Variation zweier bildungspolitischer Zielwerte: der Übergangsquoten zum Gymnasium und der wünschenswerten Schüler-Lehrer-Relationen. Ob sich bildungspolitisches Reformbestreben in Zukunft tatsächlich nur auf diese Indikatoren beschränken läßt, soll später untersucht werden. Da aber nach Reglings Annahmen kein Schüler eine Klasse wiederholt ⁴⁾, wird in allen Alternativen der Lehrerbstand unterschätzt.

Bei der Ermittlung des Lehrerbstandes verwendet Regling in Analogie zum Bildungsrat eine „Abschreibungsrate“ von 4,8%. In ihr sind die Abgänge wegen Verheiratung nicht enthalten ⁵⁾; sie ist daher um fast 1% unterschätzt.

¹⁾ Dieser Beitrag gibt im wesentlichen Überlegungen wieder, die im Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Bonn, zu Reglings Aufsatz angestellt wurden.

²⁾ Horst Regling: Droht eine Explosion der Lehrerzahlen? In: WIRTSCHAFTSDIENST, 50. Jg. (1970), H. 8, S. 476 ff.

³⁾ Ebenda, S. 480.

⁴⁾ Ebenda, S. 480.

⁵⁾ Ebenda, S. 477.

⁶⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK): Lehrerbstand und Lehrerbbedarf, II Lehrerbewegung 1961 bis 1964, Dokumentation Nr. 21, 1967, S. 8.

Heinrich Mäding, 29, Dipl.-Volkswirt, ist Mitarbeiter im Referat „Bildungsgesamtplan“ des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Bonn. Hier ist er vorwiegend mit Problemen der Bildungsökonomie und der Bildungsplanung beschäftigt.

Bei der Ermittlung des Zugangs zum Lehrerbstand sind verschiedene Kritikpunkte anzumerken:

Bedarfsschätzung und Bestandsschätzung sind inkompatibel, da auf der Bedarfsseite mit drei im Zeitablauf unveränderlichen, alternativen Abiturientenquoten, auf der Bestandsseite dagegen mit einer im Zeitablauf veränderlichen Abiturientenquote gerechnet wird.

Die absolute Höhe der Abiturientenquote (ab 1967: 30 % der Achtzehnjährigen) erscheint illusorisch, da gegenwärtig nur maximal 20 % des betreffenden Jahrgangs eine Oberschule besuchen.

Der Hinweis auf den Bildungsbericht – nach dem sogar 50 % der Achtzehnjährigen das Abitur II ablegen sollen – verkennt, daß nicht alle Absolventen mit dem Zeugnis des Abitur II für ein Lehramtstudium in Frage kommen. Man sollte nicht übersehen, daß auch überwiegend berufspraktische Bildungsgänge zum Abitur II führen sollen.

Gegenwärtig nehmen nur etwa 90 % der Berechtigten ein Hochschulstudium auf⁶⁾. Regling vernachlässigt die Möglichkeit, daß Schüler nach dem Abitur auch andere Berufswege einschlagen. Dieses Vorgehen führt zu einer im Zeitablauf zunehmenden Fehlschätzung. Denn die Übergangsquote zur Hochschule wird mit der Expansion in der Sekundarstufe II, der Integration allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge und dem Ausbau von Ausbildungsgängen für Abiturienten in der Wirtschaft sinken. Der Bildungsbericht geht davon aus, daß zwar 50 % eines Altersjahrgangs das Abitur II erwerben werden (das weder als Abschluß noch als Zugangsberechtigung mit dem heutigen Abitur verwechselt werden darf!), aber nur 25 %, d. h. die Hälfte davon, in den Gesamthochschulbereich eintreten. Bezogen auf die Gesamtzahl der Zugänge im Gesamthochschulbereich wird auch die Quote von etwa 40 % Studienbeginnern in Lehramtsstudiengängen eher sinken.

... am Bildungsplan vorbei

Die Prognose übernimmt die Zahl der Studienanfänger fünf Jahre nach Studienbeginn als Neuzugang an Lehrern. Sie unterläßt damit eine Korrektur um die sogenannten drop-outs und diejenigen, die nach dem Studium überhaupt nicht das Lehramt antreten. Einen Hinweis auf die Höhe der drop-outs vermittelt z. B. die Dokumentation Nr. 22 der Kultusministerkonferenz. Setzt man deren Zahl der Studienanfänger für das Lehramt des Jahres 1961 (etwa 25 000) zu den

Absolventen der ersten Lehrerprüfung 1965 (etwa 22 000) in Beziehung, so erhält man eine 12 %ige Abgangsquote während des Studiums⁷⁾.

Andere Berechnungsansätze deuten auf eine eher höhere Quote hin. Rechnet man die Quote derjenigen hinzu, die trotz bestandener Erster oder sogar Zweiter Lehrerprüfung nicht in den Schuldienst eintreten (dies gilt insbesondere für Frauen!), so erscheint es realistischer, nicht mit 100 %, sondern nur mit etwa 75 % der Studienanfänger als Lehrerbstand zu rechnen. Unsere Kenntnis über diese Quoten ist aber gering. Auch die KMK gibt in ihrer neuesten unveröffentlichten Lehrerbstandsprognose nicht an, mit welchen Übergangs-, drop-out- und Berufseintrittsquoten sie rechnet. Die Sickerverluste sind jedoch so groß, daß man sie nicht vernachlässigen darf.

Der hohe und wachsende Anteil der Frauen an den Studenten der Lehramtsfächer und damit am Lehrerbstand bewirkt tendenziell, daß drop-out-, Nicht-Antritts- und Abgangsquoten steigen. So ist beispielsweise die Abgangsquote bei Gymnasiallehrerinnen fast doppelt so hoch wie die bei Gymnasiallehrern⁸⁾.

Eine weitere Ungenauigkeit kommt dadurch in die Bestandsprognose, daß – hier wird der Strukturplan der Bildungsrates zitiert – nur „76 % des Lehrerbedarfs neu ausgebildet werden müssen, während die übrigen 24 % durch Wiedereinstellungen und aus anderen Berufen gewonnen werden können“.

Statische Prognose

Für dieses Zahlenverhältnis gibt der Bildungsrat die KMK-Dokumentation Nr. 21 als Quelle an. Aus den dort vorgelegten (lückenhaften) Daten läßt sich dieses Verhältnis jedoch nicht erhärten. Es bezieht sich offensichtlich nur auf die Volksschulen und enthält in den 24 % u. a. auch Übergänge aus anderen Ländern und Schulgattungen. Diese müssen bei einer Aggregation jedoch eliminiert werden.

Alle diese Punkte legen den Schluß nahe, daß Reglings Prognose den Lehrerbstand für die Zukunft überschätzt. Mit einer realistischeren Schätzung gelangt man zu dem Ergebnis, daß langfristig etwa 5–6 % eines Altersjahrgangs (und nicht wie bei Regling angenommen 12–20 % bzw. heute 3 %) jährlich neu zum Lehrerbstand hinzukommen. Außerdem dürfte langfristig ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer als Lehrpersonen im Schulsystem wegen zunehmender „Feminisierung“ unter 20 Jahren (so Regling), nämlich etwa

⁷⁾ Ebenda, S. 25 und 30.

⁸⁾ Vgl. J. Hillig: Lehrerbstand und Lehrernachwuchs der Gymnasien in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. 1964, S. 163 ff., zitiert nach KMK-Dokumentation Nr. 22, S. 16.

⁶⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK): Lehrerbstand und Lehrerbbedarf, III Lehrernachwuchs, Dokumentation Nr. 22, 1967, S. 23.

in der Nähe von 15 Jahren liegen. Die KMK schätzt für 1980 den Lehrerbestand auf etwa 450 000 und damit deutlich niedriger als Reglings Untergrenze der Prognose (etwa 500 000) ⁹⁾.

Zu dieser Kritik an Reglings quantitativen Modellbausteinen tritt jedoch noch ein weiteres Argument: Seine Bedarfsprognose ist weitgehend statischer Natur. Durch die Auswahl der Modellprämissen bleiben angestrebte bildungspolitische Veränderungen unberücksichtigt. Dafür einige Beispiele:

□ Der Lehrerbeford ist von den unterstellten Schüler-Lehrer-Relationen ab. Eine Senkung der Schüler-Lehrer-Relation wird schon dann erforderlich, wenn die Deputate der Lehrer verringert und die durchschnittliche wöchentliche Aufenthaltsdauer der Schüler in der Schule vergrößert werden. Für eine Deputatsenkung der Lehrer in der Zukunft spricht neben der voraussichtlichen Arbeitszeitverkürzung der übrigen Erwerbstätigen die zunehmende Notwendigkeit berufsbegleitender Weiterbildung. Für eine Verlängerung der

⁹⁾ Vgl. dpa-Hintergrund, Archiv und Informationsmaterial vom 1. Sept. 1970, S. 8.

Schulzeit der Schüler pro Woche sprechen Vorzüge der Ganztagschule. Bereits wenn die Klassenfrequenzen konstant gehalten werden, erfordern die beschriebenen Tendenzen eine Senkung der Schüler-Lehrer-Relation.

Lehrermangel auch in Zukunft

□ Maßnahmen zur Differenzierung des Lehrangebots und zur individuellen Förderung des einzelnen Schülers, wie sie etwa für Gesamtschulen typisch sind, machen eine Verringerung der Schüler-Lehrer-Relation notwendig, damit die pädagogischen Ziele erreicht werden können. Die Bemühungen um einen Ausgleich gruppenspezifischer Benachteiligung und um eine optimale Förderung des einzelnen Jugendlichen besitzen einen Eigenwert. Eine entwickelte Volkswirtschaft, die „private Güter“ in überreichem Maße erzeugt, muß diesen „sozialen“ Anstrengungen auch dann einen hohen Stellenwert einräumen, wenn das Meßinstrument volkswirtschaftlicher Kosten-Ertrags-Analyse ¹⁰⁾ keinen Gewinn mehr anzeigt.

¹⁰⁾ Vgl. H. Regling, a. a. O., S. 480.

915/70

TRANS-EUROP-EXPRESS-GÜTERZÜGE
SCHNELLE VERBINDUNGEN
ZWISCHEN DEN WICHTIGSTEN
PRODUKTIONS- und
VERBRAUCHSZENTREN EUROPAS

TEEM

DB

In gleicher Richtung wirkt das Bemühen, mehr als bisher die Schule zu einem Ort ausbildungsbegleitender Forschung und experimentell abgesicherter Innovationen (Schulversuche) zu machen.

Lehrer braucht man nicht nur zum Unterrichten von Schülern allgemeinbildender Schulen. Auch die Hochschulen, die öffentliche Verwaltung, der Elementarbereich, die Erwachsenenbildung, die Curriculumforschung und -entwicklung usw. werden in Zukunft wachsende Anteile ausgebildeter Lehrer benötigen. Dies zu vernachlässigen heißt, die Schule aus den Interdependenzen des Bildungssystems herauszulösen.

□ Die Beschränkung der Untersuchung auf die allgemeinbildenden Schulen geht an der bildungspolitischen Zielvorstellung vorbei, die allgemeine und berufliche Bildung (auch institutionell) stärker als bisher zu verzahnen. Indem der Verfasser die berufsbildenden Schulen ausklam-

mert, muß er deren Nachholbedarf an Lehrern und die Bestrebungen zum Ausbau des schulischen Anteils im „Dualen System“ und zur Verstärkung vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge vernachlässigen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Reglings Modell weder von den Prämissen her Zustimmung finden kann und daß auch seine zugrunde gelegten Quantitäten nicht realistisch erscheinen. Es ist daher auch keine hinreichende Basis für eine Revision der bisher verfolgten Strategien zur Bekämpfung des Lehrermangels. Reglings Konsequenz, „dem gegenwärtigen Lehrermangel mit kurzfristigen Maßnahmen entgegenzutreten¹⁾“, kann bei umfassender Betrachtung der bildungspolitischen Ziele und Reformbestrebungen sowie der wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft nicht zugestimmt werden.

¹⁾ Ebenda.

Denkpause in der Bildungspolitik tut not!

Dr. Horst Regling, Hamburg

Wie das Beispiel zahlreicher Fehleinschätzungen der Entwicklung auf dem Bildungssektor zeigt, muß jeder Prognose auf diesem Gebiet mit äußerster Skepsis begegnet werden. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß man in einer Zeit radikaler Umgestaltung aller Bildungseinrichtungen darauf verzichtet, eine Vorstellung über die quantitativen Auswirkungen der anstehenden Maßnahmen zu erlangen.

Unerläßliche Voraussetzung einer aussagefähigen, neuere Entwicklungen einbeziehenden Prognose sind allerdings aktuelle Ausgangsdaten. Es kann daher als symptomatisch für das Dilemma der Bildungsstatistik angesehen werden, daß ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und

Wissenschaft einzelnen Modellannahmen der zur Diskussion stehenden Prognose mit Zahlen entgegentritt, die in den Zeitraum vor 1965 fallen. Dieser Vorwurf wiegt um so schwerer, als eine der entscheidenden Hypothesen der durchaus dynamischen Prognose darin zu sehen ist, daß durch die massiven Verbesserungen der Berufsbedingungen für Lehrkräfte eine Veränderung der Verhaltensweisen angestrebt – und vermutlich auch erreicht – worden ist.

Modellannahmen nicht widerlegt

So erscheint der Hinweis, daß „gegenwärtig“ (also offenbar 1961–65) nur etwa 90 % der Hochschulberechtigten ein Hochschulstudium aufnehmen, vor diesem Hintergrund jedenfalls wenig überzeugend – und ist darüber hinaus der angegebenen Quelle auch nicht zu entnehmen¹⁾. Auch die von Mäding zitierte „Abgangsquote für Gymnasiallehrerinnen“ kann aufgrund der in der Zwischenzeit verbesserten Anstellungsbedingun-

¹⁾ Zu beachten wäre auch der Anteil der Studienanfänger, die – wie z. B. an pädagogischen Hochschulen – nicht vom Gymnasium kommen (knapp 10 %). Vgl. Deutscher Bundesrat, Drucksache 364/70, S. 41.

Horst Regling, 29, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung „Öffentliche Wirtschaft und Verkehr“ im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich dort u. a. mit Fragen der Bildungspolitik.